

Kinder- und Jugendparlament Tempelhof Schöneberg

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin
Rathaus Schöneberg - 10820 Berlin



Vorstand

Auszug der Rede des Vorstandsmitglieds Simon Selle des Kinder- und Jugendparlamentes Tempelhof Schöneberg von Berlin zur Aussage des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn (CDU) „Hartz IV bedeutet nicht Armut!“



„Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

mit dem Kinder- und Jugendparlament zeigt Berlin wieder einmal, wie fortschrittlich es ist: Wir haben Kontakte in ganz Deutschland und stellen dabei regelmäßig fest, dass kaum wo die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen so gut klappt, wie hier in Tempelhof-Schöneberg und damit in Berlin!

Berlin ist aber auch eine Stadt, in der schon immer intensiv soziale Konflikte ausgetragen wurden. Und gerade ist es besonders schlimm: Wir lassen nämlich zu, dass immer mehr

Menschen von Armut oder dem Armutsrisiko betroffen sind. Vor allem die Miete wird so zu einer noch größeren Bürde.

Das an sich ist ja schon schlimm genug, aber für Kinder und Jugendliche, deren Eltern betroffen sind, wird's besonders scheußlich: Sie können den selben Wohlstand wie ihre Mitschüler zur Schau tragen. Sie können nicht mit der nötigen schulischen Unterstützung aus dem Elternhaus rechnen. Sie können nicht wie die Gleichaltrigen ihre Freizeit in Kinos oder Bars verbringen. Kurzum: Sie lernen bereits in jungen Jahren, was soziale Ausgrenzung eigentlich bedeuten – nämlich von 2,80€ am Tag leben zu müssen. Alleine der Döner bei mir um die Ecke kostet schon 3,50€.

Wenn dann der Gesundheitsminister behauptet, von diesen 2,80€ lasse es sich leben, ist das selbst für einen blöden Witz eigentlich schon zu blöd. Zumal man davon ausgehen sollte, der Mann habe jetzt beruflich gar nicht die Zeit, derart unqualifizierte Kommentare abzugeben.

Nein, also wirklich! Bei solchen Aussagen muss man aktiv werden, gerade als Kinder- und Jugendparlament, als Vertreter einer betroffenen Personengruppe. Dieser Hetzjagd müssen wir etwas entgegensetzen. Das dürfen wir so einen Minister nicht durchgehen lassen!

Aber damit ist es ja nicht getan. Wir sollten diese Debatte auch nutzen, uns selber kritisch zu reflektieren. Wir müssen uns weiter öffnen. Wir dürfen auf gar keinen Fall den Eindruck vermitteln, das Recht auf Mitbestimmung gelte nur für die Kinder und Jugendlichen, deren Eltern studiert haben, Akademiker sind und ihre Kinder in der Schule entsprechend unterstützen können. Auch denen, deren Eltern in Armut leben – oder nah dran, muss es möglich sein, sich zu beteiligen.

Wir müssen sie über uns informieren, Rahmenbedingungen schaffen, unter denen sie teilhaben können und dabei übrigens niemals vergessen, dass man nicht nur sozial, sondern auch körperlich beeinträchtigt sein kann. Das nicht damit getan, dass sie theoretisch kandidieren könnten, sondern es praktischen machen, schaffen und Erfolge feiern.

Das gehört eben auch dazu, wenn man über Gleichberechtigung und Diskriminierung redet. Das macht ein Parlament – unser Parlament – ja auch aus: Dass wir über Konflikte, die die Bürgerinnen und Bürger, die Kinder und Jugendlichen bewegen, diskutieren. Generell müssen wir mehr diskutieren, wenn aber die Beteiligten fehlen, brauchen wir es gar nicht erst zu versuchen.

So, nachdem ich jetzt unseren Beitrag zur großen Sache Armut, soziale Benachteiligung erläutert habe, will ich doch nochmal auf´s vermeidlich große zu sprechen kommen: Das autoritäre China wird in den nächsten zwei Jahren 43 Millionen Menschen – Das ist die halbe Bundesrepublik – aus der Armut befreien. Da sollte es uns in der Demokratie doch wenigstens möglich sein, diese Hetzjagd auf Arme zu unterlassen. Ansonsten kann das ganze nämlich auch zu einer Grundsatzfrage über das autoritäre und demokratische System werden.“

Simon Selle, 21.3.2018